

Im Dialog gegen Verschwörungstheorien

Stadtbibliothek und Präventionsprojekt „neon“ veranstalten Workshop zu „Fake News“

VON KILIAN SCHROEDER

Rosenheim – Wie findet die Gesellschaft wieder zueinander? Spätestens seit dem Angriff auf einen Juso bei einem „Spaziergang“ von Kritikern der Corona-Maßnahmen (wir berichteten) scheinen die Fronten zwischen Befürwortern und Kritikern in Rosenheim verhärtet. Die gemeinnützige Stiftungsgesellschaft „neon“, die sich für Prävention und Suchthilfe engagiert, will dem gemeinsam mit der Stadtbibliothek etwas entgegensetzen: Einen Workshop zum Thema „Fake News“. Der soll nicht nur aufklären, sondern auch eine Einladung zum Dialog sein.

„Fit for Democracy“ Motto des Aktionstags

Anlass des Workshops ist der „Safe Internet Day“ am morgigen Dienstag, 8. Februar. Weltweit machen Organisationen dabei auf Sicherheit im Netz aufmerksam, in diesem Jahr unter dem Motto: „Fit for Democracy“. „Bei uns in Rosenheim soll es vor allem um die Fragen gehen: Wie bilde ich mir eine Meinung? Wie gehe ich mit anderen um, die eine andere Meinung haben?“, sagt Benjamin Grünbichler. Er ist Geschäftsführer von „neon“ und wird den Workshop moderieren. Er hat eine ähnliche Veranstaltung schon mehrmals geleitet. Fake News und Pauschalisieren sind laut ihm kein neues Phänomen – „aber seit der sogenannten Flüchtlingskrise ist es in der breiten Gesellschaft angekommen.“

Mit dem Workshop am



Benjamin Grünbichler und Bettina Sölch im Dialog. Auf dem Tisch liegen die Bücher aus der Literaturliste.

FOTO SCHROEDER

Dienstag will er Menschen helfen, sich bestimmter psychologischer Verzerrungen bewusst zu werden: Der Neigung, vor allem die Infos auszusaugen, die die fest gefasste Meinung bestätigen. Zu verstehen, wenn Menschen bestimmte Rollen spielen. Oder auch ein bisschen Unsicherheit zuzulassen: „Nicht alles ist wie bei einer Verschwörungstheorie miteinander verknüpft“, sagt Grünbichler.

Man müsse nicht immer „die Wahrheit“ kennen. Menschen hätten ein starkes Bedürfnis, Sachverhalte zu vereinfachen. „Wir verurteilen oft das Verhalten von Einzelnen, hauen dann aber alle in einen Topf. So einfach ist es

nicht. Es sind nicht nur wir gut und die anderen böse. Wer pauschalisiert, ist auf dem Holzweg.“

Organisiert hat Grünbichler den Workshop mit der Stadtbibliothek. Bettina Sölch, die die Zusammenarbeit von Schulen mit der Stadtbibliothek koordiniert, hat dafür eine Literaturliste bereitgestellt. Die Bücher klären über Verschwörungstheorien auf: Bis wohin stimmen die Fakten, ab wann fängt die reine Spekulation an? Einige Mitarbeiter wollen auch selbst am Workshop teilnehmen – schließlich solle die Stadtbibliothek selbst ein Ort der Meinungsbildung sein, sagt Sölch.

„Denn der Workshop hat

ein sehr wichtiges aktuelles Thema.“ Oft sei in den Schulen zu wenig Zeit, um über Meinungsbildung, Fake News und Verschwörungstheorien zu sprechen. Auch für die Zukunft könne sich Sölch vorstellen, diese Themen aufzugreifen. „Wir hoffen, dass wir Eltern und Jugendliche mit dem Workshop sensibilisieren können. Dass sie sich nicht auf den ersten Artikel einschließen, sondern verschiedene Meinungen hören.“ Insgesamt gibt es am Dienstag vier Kapitel. Im ersten will Grünbichler den Fokus auf eine „Welt voller Einflüsse“ legen: Alle Menschen bewegten sich in einer Art Filterblase, es gebe keinen

neutralen Boden. Danach soll

es darum gehen, was Fake News eigentlich sind und was sie von einseitiger Darstellung, wie zum Beispiel Werbung, unterscheidet. Im dritten Kapitel thematisiert Grünbichler das Phänomen Verschwörungstheorien: Was ist der Unterschied zwischen echten Verschwörungen und reinen Theorien? Wie gefährlich sind Verschwörungstheorien?

Im letzten Schritt soll es dann um die persönliche Meinung gehen: Grünbichler gibt Tipps, wie diese möglichst objektiv gerät und wie man Gespräche führt, wenn die Fronten verhärtet sind. Immer wieder sollen die Teilnehmer interaktiv mitraten oder diskutieren. Zusätzlich

gibt es auf der Website von „neon“ ein eigenes Portal zum Umgang mit Fake News unter www.neon-rosenheim.de/fake-news.

Menschen nicht pauschal abstempeln

Eines ist Grünbichler besonders wichtig: den Dialog zu fördern. „Ziel ist, die Menschen nicht pauschal abzustempeln. Es gibt rote Linien, wenn Menschen den Boden der Verfassung verlassen, aber was machen wir mit allen anderen, die anderer Meinung sind?“

Beleidigungen seien zwar eine kurzfristige Befriedigung des Egos, sorgten aber eher für Radikalisierung anstatt Überzeugung. Besser sei, manchmal die eigene Position zu verlassen und sich darauf einzulassen, dass das Gegenüber anders sozialisiert ist. „Es braucht ein bisschen die Verunsicherung, dass man nicht die reine Wahrheit hat und alles hinterfragen sollte. Und die Kommunikation muss gewaltfrei sein. Wir kommen als Gesellschaft aus der aktuellen Situation nur mit Respekt raus.“

Infos zum Workshop

Der Workshop „Fake News, Verschwörungstheorien und Faktenchecker“ findet am morgigen Dienstag, den 8. Februar, über die Online-Plattform „Zoom“ statt. Die Teilnahme ist kostenlos, die Zugangs-ID ist 836 5247 2875. Der Zugangscode ist 743941. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.



ROSENHEIM

Redaktion und Geschäftsstelle:
Hafnerstraße 5-13
Telefon 0 80 31 / 2 13-0
E-Mail Redaktion: redaktion@ovb.net
Telefax Redaktion 21 32 16,
Telefax Anzeigen 21 31 49
Zustellung:
Telefon 0 80 31 / 2 13-2 13

Unter Drogen und unversichert

Rosenheim – Mehrere Herrschaften, die bewusstseinsverändernde Drogen intus hatten, machten am Wochenende mit der Polizei Bekanntschaft. Freitagmittag stoppte die Polizei den 32-jährigen Fahrer eines E-Scooters in der Ebersberger Straße. Im Rahmen der Kontrolle stellten die Beamten laut Polizei drogentypische Auffälligkeiten, wie gerötete Augen, fest. Ein Drogentest verlief positiv. Eine Blutentnahme, ein Bußgeldverfahren sowie eine Ermittlung wegen des Verstoßes gegen das Pflichtversicherungsgesetz sind die Folgen. Den Fahrer erwarten zudem Punkte in Flensburg sowie ein Fahrverbot. Auf der Loretowiese hielten Beamte in der Nacht zum Samstag einen 23-jährigen Autofahrer aus Rosenheim an. Ihn umwehte nach Angaben der Polizei eine Alkoholfahne, ein freiwilliger Test ergab über 0,50 Promille. Ein 53-jähriger Rosenheimer war nicht vernünftiger. Ihn hielt die Polizei am Samstag gegen 22.30 Uhr in der Ebersberger Straße an. Im Rahmen der Kontrolle stellten die Beamten nach eigenen Angaben auch bei ihm Alkoholgeruch fest, ein freiwilliger Test ergab über 1,1 Promille. Woraufhin die Polizisten den Führerschein einkassierten.

Alkoholisierter Fahrraddieb

Rosenheim – Zwei junge Männer beobachteten in der Samerstraße einen Mann, der sich verdächtig lange an abgestellten Fahrrädern aufhielt. Die beiden sahen laut Polizei am Freitagabend, dass der Unbekannte versuchte, ein abgesperrte Rad wegzutragen. Die Zeugen sprachen den Mann dann an, dieser stellte das Rad zur Seite. Kurz danach erschien die verständigte Polizei. Beim erfolglosen Fahrraddieb handelt es sich um einen 39-jährigen Rosenheimer. Ein Atemalkoholtest beim Fahrraddieb ergab über 1,50 Promille.

ROSENHEIM – KURZ NOTIERT

Caritas-Begegnungsstätte für Senioren

- Neues Programmheft in der Begegnungsstätte erhältlich
- Singkreis Mittwoch, 9. Februar, 14 Uhr.
- Instrumental-Gruppe Donnerstag, 10. Februar, 14.30 Uhr.
- Städtische Galerie, Ausstellung La Belle Époque, Donnerstag, 10. Februar, 10 Uhr.
- Digitale Schulung ab Donnerstag, 24. Februar.
- Yoga-Kurs ab Mittwoch, 23. Februar.
- Fahrt zum Frühlingsbeginn Donnerstag, 31. März, 13 Uhr.
- Anmeldung Mehrtagesfahrten. Plätze frei für Istrien und Wien.
- Es gilt 2G-Regel. Infos und Anmeldung unter 080 31/203760.

Die Vorreiterrolle für flexible Leihautos einnehmen

Grüne fordern in einem Antrag an OB Andreas März (CSU) die Verbesserung des Carsharing-Angebots in Rosenheim

Rosenheim – Die Stadtverwaltung soll prüfen, wie in Rosenheim das Angebot von Carsharing verbessert werden kann. Dies fordert die Rosenheimer Grünen-Fraktion in einem Antrag an Oberbürgermeister Andreas März (CSU). Dabei soll die Stadt eine Vorreiterrolle einnehmen, um Carsharing in Rosenheim zu etablieren. Fer-

ner soll bei Neubaugebieten diese Möglichkeit direkt von Beginn der Planungen an mit berücksichtigt werden. Carsharing ermögliche eine flexible Wahl der Verkehrsmittel, um bei Bedarf einen Pkw zu nutzen, ohne ihn besitzen zu müssen. Denn im Schnitt stünden deutsche Autos fast 23 Stunden am Tag ungenutzt am Straßen-

rand. Zudem würde die Aufenthaltsqualität in der Stadt durch weniger ungenutzte parkende Autos am Straßenrand deutlich steigen. „Gerade bei jungen Menschen geht der Trend immer mehr dazu hin, kein Auto zu besitzen“, finden die Grünen. Carsharing ermögliche eine freie Wahl der Transportmöglichkeiten und stelle ei-

ne gute Ergänzung zum ÖPNV und Radverkehr dar. Durch die Vernetzung der verschiedenen Mobilitätsangebote kann auch der ÖPNV gestärkt werden.

Mit der neuen Bauordnung des Freistaats könnten die Gemeinden ihre Stellplatzsätzen flexibler gestalten. „Gerade bei aktuellen und künftigen Neubau-

projekten im Rosenheimer Stadtgebiet sollte das Angebot von Carsharing direkt von Anfang an mit eingeplant werden“, finden die Grünen. Somit könne perspektivisch die Gesamtanzahl der Pkw und Stellplätze in der Stadt minimiert werden. „Bei Nachverdichtungen sollte Carsharing ebenfalls stärker berücksichtigt

werden, unter anderem auch im Zusammenhang zum Erhalt von bestehenden Grünflächen und altem Baumbestand, welcher häufig für zusätzliche Parkplätze weichen muss.“ In Verbindung mit dem Ausbau neuer E-Ladesäulen sollten ebenfalls Stellflächen direkt für Carsharing reserviert werden. jek

Beschluss zum würdigen Gedenken endlich umsetzen

Ermordete Juden in Rosenheim – CSU mahnt Rosenheimer Verwaltung zu schneller Umsetzung gefassten Stadtratsbeschlusses

Rosenheim – In der Diskussion um ein würdiges Gedenken an während des Nationalsozialismus ermordete Rosenheimer Juden meldet sich nun die Rosenheimer CSU zu Wort. Deren Fraktion im Stadtrat beantragt eine Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom Mai 2015 zum personalisierten Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus bis spätestens 30. Juni 2022.

Seither, schreiben die Christsozialen in ihrem Antrag, habe es die Verwaltung versäumt, entsprechende konkrete Vorschläge zu entwickeln und dem Gremium vorzulegen. „Weitere Verzögerungen sind inakzeptabel“, schreibt die CSU-Fraktion in ihrem Antrag. Eine mögliche Umsetzung müsse in Absprache mit Interessensverbänden, insbesondere mit der jüdischen Gemeinde in München, abgestimmt werden.

Dabei wünscht sich die CSU offenbar eine ähnliche Umsetzung des Gedenkens,



Vor der Heilig-Geist-Kirche in Rosenheim kann sich auch die CSU-Stadtratsfraktion eine Gedenkmöglichkeit an die während der NS-Zeit ermordeten Rosenheimer jüdischen Glaubens vorstellen.

FOTO BIBER

wie sie in der Landeshauptstadt praktiziert wird. „So könnten wir uns personalisierte Stelen an den Orten der Erinnerung vorstellen.“ Auch der Vorschlag des früheren Zweiten Bürgermeis-

ters der Stadt Rosenheim, Anton Heindl, den Platz vor der Heilig-Geist-Kirche als Ort des Gedenkens zu nutzen, wertet die CSU als „geeigneten Vorschlag“, der auch mit Blick auf den Dia-

log der Religionen weiterverfolgt werden sollte.

Wie ein großer Teil der Bevölkerung hinterfrage auch die Rosenheimer CSU-Fraktion das Gedenken an ermordete Mitbürger jüdi-

schen Glaubens mittels sogenannter „Stolpersteine“. Dieses lehnen die Christsozialen aus verschiedenen Gründen ab, die bereits mehrfach in der öffentlichen Diskussion über ein angemessenes Gedenken gefallen seien. Allen voran gelte es das „bedenkenswerte Argument“ hochrangiger Vertreter der jüdischen Gemeinden in Deutschland zu beachten. Darunter, dass Gedenksteine „mit Füßen getreten“ würden – auch wenn es innerhalb der jüdischen Gemeinden hierzu unterschiedliche Positionen gebe. „Zudem gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass hinter dem Projekt der sogenannten ‚Stolpersteine‘ ein ausgeprägtes gewinnwirtschaftlich orientiertes kommerzielles Interesse des Künstlers steht“, mahnt die Rosenheimer CSU-Fraktion.

Überaus kritisch sehen die CSU-Stadträte in diesem Zusammenhang die Umgangsweise der Stolperstein-Befürworter mit denjenigen, die

für eine andere Form des Gedenkens plädieren.

„Es widerspricht dem berechtigten Anliegen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in grober Weise, auf Andersdenkende moralischen, politischen und gesellschaftlichen Druck auszuüben“, heißt es vonseiten der Christsozialen.

In einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft müsse es möglich sein, die Frage eines würdigen Gedenkens aus unterschiedlichen Blickwinkeln offen zu führen. Dass anstelle der Stolpersteine keine anderen Lösungen akzeptiert würden, sei Ausdruck eines „verabsolutierenden Denkens“ und unterstreiche den Standpunkt der CSU-Fraktion. „Gleichwohl sieht es die CSU Fraktion als unerlässlich an, gerade jetzt ein Zeichen des Nichtvergessens zu setzen, um wieder aufkeimenden extremistischen Entwicklungen in der Gesellschaft zu begegnen.“ jek